



BUNDESGERICHTSHOF

HINWEISBESCHLUSS

X ZR 39/08

vom

19. November 2008

in dem Rechtsstreit

Der X. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 19. November 2008 durch den Vorsitzenden Richter Dr. Melullis, den Richter Keukenschrijver, die Richterin Mühlens und die Richter Prof. Dr. Meier-Beck und Asendorf

beschlossen:

Der Senat beabsichtigt, die Revision der Beklagten gegen das Urteil der 24. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt am Main vom 28. Februar 2008 durch Beschluss zurückzuweisen.

Die Parteien erhalten Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 22. Dezember 2008.

Gründe:

- 1 I. Durch vorläufig vollstreckbares Versäumnisurteil vom 19. Mai 2005 wurde die Klägerin verurteilt, an die Beklagten 3.925,46 EUR nebst Zinsen zu zahlen. Das Versäumnisurteil wurde durch Urteil vom 9. Februar 2006 mit der Maßgabe aufrechterhalten, dass die Vollstreckung aus dem Versäumnisurteil nur gegen Sicherheitsleistung fortgesetzt werden darf. Die Klägerin zahlte den ausgerichteten Betrag nebst Zinsen (insgesamt 4.492,92 EUR) und legte Berufung ein. Wegen Eintritts der Verjährung wurden das Versäumnisurteil in der Berufungsinstanz aufgehoben und die Klage abgewiesen.

- 2 Die Klägerin nimmt die Beklagten nunmehr als Gesamtschuldner auf Rückerstattung des von ihr gezahlten Betrages nebst Zinsen in Anspruch.

3 Das Amtsgericht hat die Klage mit der Begründung abgewiesen, die Klä-
gerin könne gemäß § 214 Abs. 2 BGB das zur Befriedigung des verjährten An-
spruchs Geleistete nicht mehr zurückfordern. Das Berufungsgericht hat das Ur-
teil abgeändert und die Beklagten mit Ausnahme eines Teils der Zinsforderung
antragsgemäß zur Zahlung verurteilt. Die Revision hat es wegen grundsätzli-
cher Bedeutung der Sache zugelassen.

4 II. Die Revision hat weder Aussicht auf Erfolg noch liegt ein Zulassungs-
grund vor (§ 552a ZPO).

5 Zwar kann gemäß § 214 Abs. 2 BGB das zur Befriedigung eines verjähr-
ten Anspruchs Geleistete nicht nach bereicherungsrechtlichen Grundsätzen
(vgl. § 813 Abs. 1 Satz 2 BGB) zurückgefordert werden. Voraussetzung ist je-
doch, dass mit der Zahlung der verjährte Anspruch zum Erlöschen gebracht
wurde. Ein Schuldverhältnis erlischt, wenn die geschuldete Leistung an den
Gläubiger - endgültig - bewirkt worden ist (§ 362 Abs. 1 BGB). Hieran fehlt es,
wenn der Schuldner ohne Anerkennung seiner Schuld unter Vorbehalt einer
Rückforderung ohne Veränderung der den Gläubiger treffenden Beweislast sei-
ne Leistung erbringt (BGHZ 86, 267, 269; BGHZ 139, 357, 368). Ein solcher
Vorbehalt ist in aller Regel anzunehmen, wenn die Zahlung des Schuldners an
den Gläubiger aufgrund eines vorläufig vollstreckbaren Urteils zur Vermeidung
der Zwangsvollstreckung erfolgt (BGHZ 86, 267, 269; BGH, Urt. v. 24.6.1981
- IVa ZR 104/80, NJW 1981, 2244; Urt. v. 24.11.2006 - LwZR 6/05, NJW 2007,
1269, 1270). Das gilt auch dann, wenn - wie hier - die Zahlung vor Einlegung
des Rechtsmittels erfolgt; denn der Schuldner muss bis zum Eintritt der formel-
len Rechtskraft grundsätzlich davon ausgehen, dass der Gläubiger das vorläu-
fig vollstreckbare Urteil nicht als abschließende Regelung des Streitverhältnis-
ses hinnehmen will, sondern lediglich zahlt, um eine Vollstreckung des Titels

auszuschließen (vgl. BGH, Beschl. v. 25.5.1976 - III ZB 4/76, WM 1976, 1069 f.).

- 6 Vor diesem Hintergrund kann die Revision nur dann Erfolg haben, wenn nicht allein aus dem Vorliegen eines vorläufig vollstreckbaren Titels auf den Vorbehalt der Rückforderung der Leistung geschlossen werden darf, sondern beim Fehlen (hier nicht festgestellter) weiterer tatsächlicher Anhaltspunkte - wie etwa dem (konkreten) Drohen der Zwangsvollstreckung - davon auszugehen ist, dass der Schuldner mit seiner Zahlung die Forderung des Gläubigers anerkennt und sie bedingungslos und endgültig tilgt. Das ist zu verneinen. In der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (Beschl. v. 25.5.1976 - III ZB 4/76,

WM 1976, 1069 m.w.N.) ist bereits hinreichend geklärt, dass Zahlungen aufgrund eines vorläufig vollstreckbaren Titels grundsätzlich nur vorläufige Leistungen darstellen und nicht zur einer Erfüllung des geltend gemachten Anspruchs führen. Demgemäß tritt im Entscheidungsfall entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts auch kein Grund für die Zulassung der Revision zutage.

Melullis

Keukenschrijver

Mühlens

Meier-Beck

Asendorf

Hinweis: Das Revisionsverfahren ist durch Revisionsrücknahme erledigt worden.

Vorinstanzen:

AG Frankfurt am Main, Entscheidung vom 24.08.2007 - 32 C 418/07 (22) -

LG Frankfurt/Main, Entscheidung vom 28.02.2008 - 2/24 S 215/07 -